ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Lohnrunde 81 - Auslandskredite - Wohnungsbaupolitik - EG-Stahlindustrie - Exportbeschränkungen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1981) : Kurz kommentiert: Lohnrunde 81 - Auslandskredite - Wohnungsbaupolitik - EG-Stahlindustrie - Exportbeschränkungen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 5, pp. 213-214

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135554

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Lohnrunde 81

Versäumte Chance

Die nach monatelangen, zähen Verhandlungen Anfang Mai beschlossenen Lohnerhöhungen in der Metallindustrie – einschließlich Zusatzvereinbarungen ein Anstieg um 5,2 % – sind sicherlich richtungsweisend für den weiteren Ablauf der diesjährigen Tarifrunde. Darauf deuten auch erste nachfolgende Verhandlungsergebnisse in der Druckindustrie, im Großhandel und bei den Versicherungen hin. Allerdings wurde in der Eisen- und Stahlindustrie und im öffentlichen Dienst eine deutlich geringere Steigerung der Verdienste vereinbart.

Die um rund zwei Prozentpunkte niedrigeren Abschlüsse als in der letzten Lohnrunde bedeuten zwar für die Arbeitnehmer annähernd eine Sicherung ihres Realeinkommens. Auf der anderen Seite nimmt aber bei der derzeit schwachen Produktionsentwicklung, Auslastung und Produktivität der Lohnkostendruck zunächst noch zu. Da die Überwälzungsspielräume eng begrenzt bleiben dürften, ist ein weiterer Rückgang der Gewinne zu erwarten. Dies dürfte die Investitionsneigung der Unternehmen dämpfen. Zur Sicherung der Arbeitsplätze tragen die Abschlüsse jedenfalls nicht bei.

Auf mittlere Sicht wird in der Lohnpolitik, wie schon vor einem Jahr, wiederum die Chance versäumt, den Anpassungsprozeß an die veränderten außenwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu unterstützen. Mäßige Lohnerhöhungen wären eine wichtige Voraussetzung für die Stabilisierung im Inland und für die Absorption des weiter steigenden Erwerbspersonenpotentials auf dem Arbeitsmarkt. Zudem förderten sie über eine Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit den Abbau des hohen Leistungsbilanzdefizits. Die notwendige Einschränkung wurde jedoch erneut hinausgeschoben. Das Maß an Härte, das in Kauf genommen werden muß, könnte sich dadurch erhöhen. sp

Auslandskredite

Schelte von der Bundesbank

Der Beschluß der Bundesregierung, durch zinsverbilligte Kredite die Investitionstätigkeit zu fördern und die dazu notwendigen Mittel in Höhe von 6,3 Mrd. DM über die Kreditanstalt für Wiederaufbau im Ausland aufzunehmen, hat den Unmut der Bundesbank auf sich gezogen. Soweit sich die Kritik gegen die Kreditaufnahme im Ausland richtet – und dies tut sie großenteils –, erscheint sie als vordergründig. Denn die Bundesregierung macht im Grunde genau das, was die Bundesbank immer wieder fordert: Kapitalimport und investive Verwendung der Mittel insbesondere für Energieeinsparung und Ölsubstitution. Dies trägt kurzfristig zur Finanzierung und mittelfristig zum Abbau des Leistungsbilanzdefizits durch verringerte Abhängigkeit von Ölimporten bei. Der im jüngsten Geschäftsbericht der Bundesbank zu lesende Hinweis, die Kreditaufnahme im Ausland verursache Kosten in Form von Zinsen, die letztlich aus dem eigenen Sozialprodukt beglichen werden müßten, gilt für jeglichen Kapitalimport und trifft somit nicht.

Der Unmut der Bundesbank entzündet sich denn wohl auch in erster Linie am Programm selbst. Sie sieht in der Zinssubventionierung wohl nicht ganz zu Unrecht einen gezielten Affront gegen ihre Hochzinspolitik. Offenbar befürchtet sie aber auch, daß die geplanten Maßnahmen im Grunde doch nur ein „traditionelles" Konjunkturprogramm darstellen. Ein solches Programm lehnt die Bundesbank jedoch vehement ab, da es ihrer Meinung nach nur die notwendige strukturelle Anpassung an die Energieverteuerung behindert. Zumindest in diesem Punkte sollte die Ausgestaltung des Investitionsförderungsprogramms die Bedenken der Bundesbank ausräumen. ew

Wohnungsbaupolitik

Suche nach dem richtigen Weg

Ende Mai will die Bundesregierung die Grundzüge der Wohnungsbaupolitik neu festlegen. Die Pläne der Koalition, die stark von den Vorstellungen des kleineren Partners geprägt sind, zielen schwergewichtig darauf ab, langfristig auf dem Wohnungsmarkt der Marktsteuerung wieder mehr Geltung zu verschaffen. Es muß jedoch bezweifelt werden, ob die diskutierten Maßnahmen – Erleichterung von Mieterhöhungen aufgrund von Mietenspiegeln, Staffelmieten, die Erhöhung der degressiven Abschreibung, die Einführung einer Fehlbelegungsabgabe im sozialen Wohnungsbau – ausreichen, die derzeitigen Probleme am Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik zu bewältigen.

Diese Probleme treten hauptsächlich in den Ballungszentren auf. Betroffen sind vor allem junge Familien, Kinderreiche, Alte und Ausländer, für die qualitativ ausreichende Wohnungen zu tragbaren Preisen fehlen. Die Wohnungen, die aufgrund der angestrebten Rentabilitätsverbesserung im freifinanzierten Wohnungsbau

zusätzlich gebaut würden, müßten wegen der insbesondere in den Ballungszentren exorbitant gestiegenen Boden- und Baupreise ein Mietenniveau erreichen, das, selbst wenn die Bereitschaft zur Zahlung höherer Mieten angehoben werden könnte, die Zahlungsfähigkeit der Problemgruppen weit übersteigen würde.

Man sollte sich statt dessen stärker auf den Bestand konzentrieren und endlich das Problem der Fehlbelegungen im Sozialwohnungsbau lösen. Nur wenn die erörterte Fehlbelegungsabgabe hoch genug festgesetzt wird, kann es gelingen, Mieter mit höherem Einkommen zur Räumung des preiswerten Altwohnungsbestandes zu veranlassen. Der langfristig bessere Weg wäre jedoch darin zu sehen, von der Objektförderung ganz abzurücken, d. h. am gesamten Wohnungsmarkt das Vergleichsmietensystem zuzulassen, und die Problemgruppen über Wohngeldzahlungen abzusichern. Im Interesse der knappen öffentlichen Mittel sollte dabei eine Konzentration auf die wirklich Bedürftigen erfolgen. wei

EG-Stahlindustrie

Wachsender Protektionismus?

Das Tauziehen um die Eurofer II genannten freiwilligen Vereinbarungen über die Lieferquoten hat die Dauerkrise der europäischen Stahlindustrie wieder in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Derartige Lieferquoten, ob freiwillig vereinbart oder von Brüssel verordnet, verschaffen lediglich eine Atempause. Das Grundproblem, der Abbau der Überkapazitäten durch Stillegung unrentabel produzierender Betriebe, bleibt weiterhin ungelöst.

Die deutschen Stahlproduzenten, die sich bereits durch Rationalisierung und Spezialisierung weitgehend und zum größten Teil aus eigener Kraft den veränderten Marktgegebenheiten angepaßt haben, fürchten, bei dem notwendigen Kapazitätsabbau benachteiligt zu werden, weil die mit höheren Kosten produzierenden Konkurrenten aus den anderen EG-Ländern durch staatliche Unterstützung durchgehalten werden. Sie fordern daher entweder den Abbau der Subventionen in der europäischen Stahlindustrie oder andernfalls Schutzmaßnahmen von der Bundesregierung.

Der Bundeswirtschaftsminister hat Subventionen für die heimische Stahlindustrie abgelehnt. Über eine Importabgabe auf den subventionierten Stahl ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die Drohung mit diesem Instrument soll der Forderung nach Subventionsabbau den nötigen Nachdruck verleihen. Doch was passiert, wenn die EG-Partner sich davon nicht beeindrucken lassen? Unterbleibende Hilfestellung käme einer Bestrafung der deutschen Stahlindustrie gleich. Es geht hier allerdings nicht mehr allein um die Stahlindustrie. Ein protektionistischer Schritt der sonst immer für freien Außenhandel eintretenden Deutschen könnte eine Welle von protektionistischen Maßnahmen in anderen Branchen auslösen. whn

Exportbeschränkungen

Rückschlag für den Freihandel

Die Beschränkung der Automobilexporte in die USA, zu der sich das japanische Handels- und Industrieministerium nach vielerlei Aktivitäten der amerikanischen Regierung und des Kongresses für einen Zeitraum von drei Jahren schließlich bereit erklärt hat, wird die desolate Lage der US-Automobilindustrie nicht entscheidend verbessern können. Sie bedeutet aber einen weiteren schweren Rückschlag für die Bemühungen des GATT um eine Liberalisierung des Welthandels. Schon hat Kanada eine noch weitergehende Zurückhaltung der japanischen Automobilexporteure gefordert, und die EG-Kommission will zumindest das gleiche Ergebnis wie die USA erzielen. Die eifrigsten Verfechter eines protektionistischen Kurses sind dabei Frankreich, Großbritannien und Italien. Diese Länder haben ihre eigenen Märkte bereits vor Jahren gegen Automobileinfuhren aus Japan abgeschirmt, gleichzeitig aber in erheblichem Maße Anteile auf den anderen, noch freien EG-Märkten an die japanische Konkurrenz abgeben müssen. Sie scheinen überdies die US-Restriktionen als einen willkommenen Vorwand zu betrachten, um allgemein eine schärfere Gangart in den EG-Handelsbeziehungen mit Japan einzuschlagen.

Die Protektionisten übersehen jedoch offenbar, daß die japanische Industrie die größten Absatzerfolge neuerdings auf Drittmärkten außerhalb der EG erzielt. Dabei sind insbesondere die OPEC- und Schwellenländer zu nennen, die für die Zukunft überdurchschnittliche Marktzuwachsraten versprechen. Defensive Maßnahmen helfen daher auf die Dauer nicht weiter, sondern es kommt vor allem darauf an, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken. In der Automobilindustrie sind bereits erfolgversprechende Ansätze in dieser Richtung zu erkennen. Außerdem hat dieser Sektor in den fünf „fetten" Jahren seit 1975 genügend Reserven angesammelt, um zukunftsgerichtete Investitionen zur Produktverbesserung und Produktivitätssteigerung tätigen zu können. ko